

V1 Die Grüne Jugend Hamburg muss sich für eine sofortige Erhöhung des Bürgergeld-Regelsatzes auf mindestens 900€ einsetzen!

Antragsteller*in: Bendix Grimm (KV Hamburg-Bergedorf)

Tagesordnungspunkt: TOP 3 Inhaltliche Anträge

Antragstext

- 1 Ich bitte um Zustimmung der Landesmitgliederversammlung der Grünen Jugend
- 2 Hamburg:
- 3 1. Die Grüne Jugend Hamburg fordert von der Bundesregierung und insbesondere der
- 4 Partei Bündnis 90/Die Grünen, sich für eine sofortige und deutliche Erhöhung des
- 5 Bürgergeld-Regelsatzes einzusetzen.
- 6 2. Die Grüne Jugend Hamburg soll aktiv über diverse Wege auf die aktuelle
- 7 Situation von Bürgergeldempfänger*Innen aufmerksam machen um eine entsprechende
- 8 Debatte in Gang zu setzen.
- 9 3. Der Regelsatz für alleinstehende Erwachsene muss mindestens 900 € monatlich
- 10 betragen, um dem realen Bedarf und der Preisentwicklung Rechnung zu tragen.
- 11 4. Diese Forderung soll von der Grünen Jugend Hamburg aktiv kommuniziert und auf
- 12 Bundesebene in die Gremien und Gremienvertreter*innen getragen werden.
- 13 5. Die Grüne Jugend Hamburg setzt sich aktiv gegen jegliche Sanktionen von
- 14 Bürgergeldempfänger*Innen ein.
- 15 6. "Zumutbare Arbeit" muss jegliche sozialen und persönlichen Umstände der
- 16 jeweiligen Bürgergeldempfänger*Innen berücksichtigen

Begründung

Das aktuelle Bürgergeld reicht nicht. Bei der hohen Inflation, hohen Energiepreisen und sehr hohen Lebensmittelpreisen sind 563 € im Monat im Jahr 2025 schlicht und einfach nicht mehr existenzsichernd. Der aktuelle Regelsatz bedroht akut die Existenz von allen Bürgergeldempfänger*Innen. Bereits 2023 forderte der Paritätische Gesamtverband den Bürgergeldregelsatz auf mindestens 813€ zu erhöhen um aktiv vor Armut zu schützen und die Existenz zu sichern. Wer Bürgergeld bezieht, lebt in Dauerstress, ständigen Existenzängsten und mit massivster Einschränkung gesellschaftlicher Teilhabe. Sehr viele müssen Lebensmittel von der Tafel beziehen, da das Bürgergeld absolut nicht ausreicht. Die sogenannten "Mehrbedarfe" werden nur in absoluten Einzelfällen genehmigt und bedeuten diverseste Prüfungen, Widersprüche und einen starken Mehraufwand für den sowieso kräftezehrenden Bürokratiemarathon. Soziale Sicherheit darf kein Luxus sein, sondern ist ein Grundrecht!

V2 Für Gerechtigkeit und Freiheit: Grundeinkommen jetzt!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 29.04.2025
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 In keiner anderen Stadt in Deutschland leben so viele Millionär*innen wie in
2 Hamburg. Gleichzeitig sind fast 27% der Hamburger*innen von Armut betroffen.
3 Gerechtigkeit sieht anders aus! Für uns ist klar: Wir können uns die Reichen
4 nicht mehr leisten und Armut ist kein Naturgesetz!

5 Eine armutsfeste Sicherung, die gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht, muss
6 unser sozialpolitisches Ziel für alle in Deutschland lebenden Menschen sein.
7 Sanktionen und Kürzungen dürfen nicht als Repression gegen
8 Leistungsempfänger*innen eingesetzt werden. Politisches Ziel muss es sein, dass
9 Menschen durch gute Löhne und faire Arbeitsbedingungen ihren Lebensunterhalt
10 selbst verdienen. Gleichzeitig sehen wir, dass Menschen auch außerhalb von
11 Lohnarbeit wertvolle Aufgaben für die Gesellschaft übernehmen - egal ob in der
12 Kinderbetreuung, Pflege oder im Ehrenamt. Und immer wieder gibt es
13 Lebenssituationen, in denen Lohnarbeit aus gesundheitlichen oder persönlichen
14 Gründen keine Priorität haben kann. Auch dann muss ein Sozialstaat
15 sicherstellen, dass gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht wird und
16 Existenzängste nicht nötig sind. Das bedeutet auch, dass Mehrbedarfe in
17 besonderen Lebenslagen unbürokratisch gewährt werden müssen. Dafür wird sich
18 auch die Grüne Jugend Hamburg weiter auf allen Ebenen einsetzen. Langfristig
19 bietet ein bedingungsloses Grundeinkommen eine zukunftsweisende Möglichkeit,
20 finanzielle Sicherheit für alle Menschen und soziale Gerechtigkeit zu fördern.

21 Am 12.10.2025 stimmt Hamburg über den Gesetzesentwurf der Initiative "Hamburg
22 testet Grundeinkommen" ab. Dieser sieht ein wissenschaftlich begleitetes
23 Modellprojekt vor, bei dem repräsentativ ausgewählte Hamburger*innen für drei
24 Jahre ein bedingungsloses Grundeinkommen erhalten.

25 Das bedingungslose Grundeinkommen würde allen Menschen einen minimalen
26 Lebensstandard garantieren, wodurch Armut wirkungsvoll bekämpft werden kann.
27 Denn alle Menschen haben das Recht auf ein Leben in Würde, unabhängig von ihrer
28 beruflichen Situation oder Herkunft.

29 Ein bedingungsloses Grundeinkommen kann ganz neue Wege eröffnen. Es schafft zum
30 Beispiel mehr Zeit für Familie und Freund*innen sowie für psychische und
31 physische Erholung und somit Prävention von stressbedingten Erkrankungen.
32 Effektiv ermöglicht ein bedingungsloses Grundeinkommen mehr Freiheit in der
33 Lebensgestaltung. Die neu gewonnene finanzielle Sicherheit würde es Menschen
34 außerdem ermöglichen, neue Fähigkeiten zu erlangen, andere Berufswege oder
35 Hobbys auszuprobieren, sich ehrenamtlich zu engagieren und kreativ tätig zu
36 werden, ohne dabei in prekären Arbeitsverhältnissen gefangen zu sein. Außerdem
37 kann ein bedingungsloses Grundeinkommen das komplexe System bestehender
38 Sozialleistungen vereinfachen und bürokratische Hürden abbauen. So wird der
39 Zugang zu finanzieller Unterstützung für alle erleichtert.

40 Gründe für ein bedingungsloses Grundeinkommen gibt es viele. Es ist also höchste
41 Zeit, dass Hamburg jetzt auf dem Weg zu einer gerechteren Gesellschaft mit der
42 Durchführung des Modellprojekts als Vorreiterin vorangeht.

43 Als GRÜNE JUGEND Hamburg unterstützen wir daher das Anliegen von "Hamburg testet
44 Grundeinkommen" und setzen uns auch darüber hinaus für die Einführung eines
45 bedingungslosen Grundeinkommens ein. Bedingungslos für ein Leben in Würde –
46 Grundeinkommen jetzt!

Begründung

Erfolgt mündlich

V3 Faire Mieten und sorgenfreies Wohnen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 29.04.2025
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Inhaltliche Anträge

Antragstext

- 1 Wohnen kostet ein ganzes Vermögen, denn die Mietpreise in Hamburg sind drastisch
2 gestiegen. Viele Hamburger*innen bezahlen die Hälfte ihres Nettoeinkommens für
3 die Miete ihrer oft zu kleinen Wohnung. Obwohl unbezahlbare Mieten alle
4 Hamburger*innen hart treffen, sind junge Menschen besonders betroffen. Während
5 Wohnungskonzerne wie die SAGA im Jahr 2023 1.300 Euro Gewinn pro Wohnung
6 einfahren, zweifeln junge Menschen daran, ob sie es sich überhaupt leisten
7 können, zu Hause auszuziehen. Dabei hängt die Möglichkeit, eine Wohnung zu
8 mieten, vom Einkommen ihrer Eltern ab. Unabhängigkeit? Fehlanzeige!
- 9 Wohnen stellt die größte soziale Frage der jungen Menschen dar. Deutlich mehr
10 als die Hälfte der jungen Menschen machen sich Sorgen um bezahlbaren Wohnraum.
11 Für Student*innen und Azubis ist es nicht möglich, ihr Geld für einen neuen
12 Laptop, für die Mitgliedschaft im Gym oder den Wocheneinkauf auszugeben, weil am
13 Monatsende so schon nichts übrig bleibt. Doch bereits vor der Studien- oder
14 Ausbildungsplatzwahl überlegen sich viele junge Menschen in Hamburg, ob sie es
15 sich überhaupt leisten können, nicht direkt ins Arbeitsleben zu starten. Es
16 fehlt an Chancen, uns weiterzubilden und beruflich zu verwirklichen. Dass die zu
17 hohe Miete der Grund dafür ist, wollen junge Menschen nicht länger hinnehmen.
18 Mieten sollte keine Belastung sein, denn Wohnen ist ein Grundrecht.
- 19 Daher müssen wir uns die Kontrolle über unsere eigenen vier Wände
20 zurückerkämpfen. Das gelingt nur, indem wir die Mietnot von allen Seiten
21 bekämpfen!
- 22 1. Wir fordern die Vergesellschaftung von profitorientierten
23 Wohnungskonzernen mit über 3000 Mietwohnungen bundesweit. Damit eine
24 nachhaltige Entlastung von Mieter*innen erreicht werden kann, müssen wir
25 von der Profitlogik des Wohnens wegkommen. Dass wir unseren persönlichen
26 Schutzraum mit diesen Wohnungskonzernen blind teilen, verleitet die
27 Wohnungskonzerne unseren Schutzraum zu verletzen. Die
28 gemeinwohlorientierte Vergesellschaftung sorgt dafür, dass die Einnahmen
29 aus Mieten nicht für Spekulationen oder Profitausschüttungen, sondern für
30 dringend benötigte Neubauten oder Sanierungen genutzt werden. Wir stellen
31 sicher, dass unser knappes Geld für uns wieder verwendet wird!
 - 32 2. Wir fordern eine gerechte Verteilung von neuem Wohnraum. Der Bau neuer
33 Wohnungen in Hamburg geht voran. Das Ziel von 10.000 neuen Wohnungen wurde
34 erreicht. 3.000 Wohnungen werden als Sozialwohnungen vermietet. Das ist
35 nicht genug. Für uns ist klar: Niedrige und mittlere Einkommen sollen für
36 die Miete nicht mehr als ein Drittel ihres Nettoeinkommens ausgeben
37 müssen. Deshalb brauchen wir mindestens 5.000 Wohnungen mit langfristiger
38 Sozialbindung.
 - 39 3. Wir fordern adäquaten Schutz vor Vermieter*innen. Junge Menschen sehen
40 sich dem guten Willen ihrer Vermieter*innen ausgesetzt. Vermieter*innen

- 41 erzielen enorme Umsätze, während wir den letzten Cent für ein WG-Zimmer
42 ausgeben. Es braucht weitreichende Instrumente, um sich vor der Willkür
43 der Vermieter*innen schützen zu können.
- 44 • Schutz vor Eigenbedarfskündigungen: Besonders bei Eigenbedarfskündigungen
45 besteht eine große Schutzlücke zu lasten von Mieter*innen. Die
46 Eigenbedarfskündigung wird gezielt als Instrument zur Einschüchterung von
47 Mieter*innen benutzt, um sie an der Durchsetzung ihrer Rechte zu hindern.
48 Die Eigenbedarfskündigung soll ein sozial-adäquates Instrument werden. Wir
49 fordern die Verlängerung der Kündigungsfristen auf sechs Monate, die
50 Einführung einer Sperrfrist für Eigenbedarfskündigungen nach Erwerb einer
51 vermieteten Wohnung, eine Mindestanforderung an die Intensität des
52 Eigenbedarfs und eine erleichterte Durchsetzung von gesetzlichen
53 Ansprüchen bei vorgetäushtem Eigenbedarf.
 - 54 • Die Senkung der Kappungsgrenzen: Kappungsgrenzen stellen die Grenze der
55 Mieterhöhungen bei Bestandsmieten dar. Sie liegt in Hamburg bei 15%. Wir
56 fordern die Absenkung der Kappungsgrenzen auf 3,5%, um der Endlosspirale
57 der Mieterhöhungen zu entkommen. Außerdem fordern wir, dass die
58 Kappungsgrenze auch bei Indexmieten eingeführt wird.
 - 59 • Die Bekämpfung von Mietwucher: Wir fordern stärkere Sanktionen für
60 Mietwucher. Bisher müssen die Mieter*innen nachweisen, dass sie ausgenutzt
61 werden. Um diese Hürde zu umgehen, fordern wir die Beweislast von
62 Mieter*innen zu objektivieren und somit an vergleichbare Wohnungen zu
63 koppeln. Bisher müssen Vermieter*innen eine Geldbuße von 50.000 Euro
64 zahlen. Wir fordern eine Geldbuße von 100.000 Euro.
 - 65 • Die Kosten bei Abschluss eines Mietvertrags beenden: Nach Abschluss des
66 Mietvertrags fallen oft Kosten in Höhe von bis zu 500 Euro an. Wir finden,
67 es sollte kein Geld kosten, einen Mietvertrag zu schließen. Schluss mit
68 der Abzocke beim Vertragsschluss!
 - 69 • Die kostenlose Mieter*innenberatung: Viele junge Menschen sehen sich mit
70 dem Mietrecht überfordert. Oft gibt es nicht die Möglichkeit, sich
71 umfassend mit dem Rechtsweg auseinanderzusetzen. Um besser vor dem
72 nächsten Brief der Vermieter*innen gewappnet zu sein, fordern wir eine
73 kostenlose Mieter*innenberatung in allen Bezirken.
- 74 4. Wir fordern den bundesweiten Mietendeckel. Seit das
75 Bundesverfassungsgericht den Mietendeckel in Berlin gekippt hat, ist die
76 Bundesebene für weitere Entscheidungen zuständig. Der Bund hat jetzt die
77 Möglichkeit, einen Mietendeckel einzusetzen. Der Hamburgische Senat soll
78 sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass der bundesweite Mietendeckel
79 kommt. Das Einsetzen des bundesweiten Mietendeckels würde die dramatische
80 Entwicklung der Mietpreise sofort stoppen.
- 81 5. Wir fordern Wohnungslosigkeit konsequent zu bekämpfen. Wohnungslose
82 Menschen brauchen einen Schutzraum, in den sie sich zurückziehen können.
83 Der beste Weg aus der Wohnungslosigkeit ist eine Wohnung.
- 84 • Wir fordern ein bedingungsloses Housing First-Konzept in Hamburg. Anstatt
85 in Notunterkünften zu bleiben, brauchen wohnungslose Menschen einen

- 86 Mietvertrag. Dieser muss bedingungslos sein, um echte Sicherheit zu
87 gewährleisten. Dazu fordern wir eine individuelle Betreuung und
88 finanzielle Unterstützung für diese Personen.
- 89 • Außerdem braucht es endlich ein Ende von Zwangsräumungen. Zu oft werden
90 Menschen aus einer sicheren Wohnung geräumt und rutschen in die
91 Wohnungslosigkeit ab. Wenn die Gefahr der Wohnungslosigkeit besteht, darf
92 keine Zwangsräumung durchgeführt werden. Armut ist kein Naturgesetz!
 - 93 • Besonders FLINTA*-Personen sind von Wohnungslosigkeit bedroht. FLINTA*-
94 Personen in Wohnungslosigkeit sind überdurchschnittlich häufig betroffen
95 von sexualisierter Gewalt und Zwangsprostitution. Zudem ist für sie der
96 Zugang zu Hilfsangeboten mit zusätzlichen Hürden verbunden, sodass z.B
97 häufig schon der Zugang zu Periodenprodukten nicht gewährleistet ist.
98 FLINTA*-Personen brauchen sichere Orte und Schutzräume, um sich vor Gewalt
99 schützen zu können. Wir fordern eine gezielte Förderung von FLINTA*-
100 Personen bei der Verteilung der Housing First-Projekten.

Begründung

Erfolgt mündlich

V4 Freiheit statt Zwang - nein zur Wehrpflicht!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 30.04.2025
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Inhaltliche Anträge

Antragstext

- 1 In Zeiten des Krieges in Europa ist eine Bundeswehr, die ihrer
- 2 verfassungsmäßigen Aufgabe unserer Verteidigung nachkommen kann, unerlässlich.
- 3 Wo autoritäre und faschistische Staaten auf dem Vormarsch sind, bedarf es
- 4 ziviler, politischer und militärischer Wehrhaftigkeit.

- 5 Die Bundeswehr in ihrer derzeitigen Struktur, ist nicht in die Gesellschaft
- 6 integriert und stellt auch keinen Querschnitt der Gesellschaft dar. Dies ist
- 7 aber nötig, um gesamtgesellschaftlich über die Bundeswehr und unsere
- 8 Wehrfähigkeit sprechen zu können.

- 9 Die immer wieder auftretenden Berichte über Sexismus und Rechtsextremismus
- 10 müssen auch bei der Bundeswehr zu einem Umdenken und Nachdenken über die eigenen
- 11 Strukturen führen.

- 12 Im September dieses Jahres wird in Hamburg eine große NATO-Übung durchgeführt.
- 13 Uns muss bewusst sein, dass Hamburg im Verteidigungs- und Bündnisfall die
- 14 Drehscheibe der NATO-Logistik sein wird. Vor diesem Hintergrund ist es auch für
- 15 uns relevant, über die Bundeswehr und ihre Strukturen zu sprechen und unsere
- 16 Forderungen unmissverständlich zu artikulieren.

- 17 Wir lehnen jede Form des Zwanges zum Dienst in der Bundeswehr ab!

- 18 Sexismus in der Bundeswehr muss konsequent bekämpft werden. FLINTA* Personen
- 19 müssen strukturell gefördert werden.

- 20 Rechtsextreme dürfen keinen Platz in der Bundeswehr haben!

- 21 Junge Menschen arbeiten so viel wie noch nie und die Politik, die nach immer
- 22 mehr Arbeitskräften strebt, möchte Jahr für Jahr tausende junge Menschen aus dem
- 23 Arbeitsmarkt herausnehmen, ihre Lebensplanung über den Haufen werfen und zu
- 24 einem Dienst zwingen, der genau jene Generation während eines möglichen Krieges
- 25 potentiell in den Tod führen wird.

- 26 Die Bundeswehr braucht keine jungen Menschen, die zum Wehrdienst gezwungen
- 27 werden, sondern gut ausgebildete, hochqualifizierte Einsatzkräfte.

V5 Klimaschutz in Hamburg: sozialverträglich, planbar und verantwortungsbewusst!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 30.04.2025
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Der Hamburger Zukunftsentscheid ist ein Projekt eines breiten
2 zivilgesellschaftlichen Bündnisses, das sich aus Umweltorganisationen, sozialen
3 Initiativen, kirchlichen Gruppen, Wissenschaftler*innen, engagierten
4 Einzelpersonen und weiteren Akteur*innen der Stadtgesellschaft zusammensetzt.
5 Seit dem Frühjahr 2023 setzt sich dieses Bündnis mit Nachdruck dafür ein, dass
6 Hamburg wirksame Maßnahmen für Klimagerechtigkeit ergreift, die Energiewende
7 sozial gerecht gestaltet und das Ziel der Klimaneutralität bis spätestens 2040
8 verbindlich gesetzlich verankert wird.

9 Der Fokus liegt dabei insbesondere darauf, dass Hamburg eine Vorreiterrolle im
10 städtischen Klimaschutz einnimmt. In sieben Bundesländern – darunter Bayern –
11 ist Klimaschutz bereits gesetzlich verankert. In Hamburg hingegen fehlt bislang
12 ein entsprechendes Klimaschutzgesetz. Damit droht die Stadt nicht nur ihre
13 Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren, sondern auch im bundesweiten Vergleich der
14 Klimaschutzbemühungen auf einem der hinteren Plätze zu landen – und das bei
15 Grüner Regierungsbeteiligung

16 Um dem entgegenzuwirken, sollen im Hamburger Klimaschutzgesetz verbindliche
17 jährliche Reduktionsziele festgelegt werden. Die soziale Verträglichkeit der
18 Maßnahmen soll dabei nicht nur mitgedacht, sondern als grundlegendes Prinzip
19 verankert werden. Ziel ist es, durch Transparenz und Planbarkeit ein
20 Vorzeigemodell für andere Städte zu schaffen.

21 Die Klimakatastrophe ist eine der drängendsten Krisen unserer Zeit, die gerade
22 jungen Menschen große Sorgen bereitet und unser aller Lebensgrundlage bedroht.
23 Es ist Zeit, dass Hamburg hier beispielhaft vorangeht und diese Krise ernst
24 nimmt. Klimaschutz darf dabei nicht zu Lasten des Geldbeutels der
25 Hamburger*innen gemacht werden. Als GRÜNE JUGEND Hamburg fordern wir sozial
26 gerechten Klimaschutz mit verbindlichen Sektorzielen und unterstützen daher den
27 Hamburger Zukunftsentscheid.

Begründung

Erfolgt mündlich

V6 Mentale Gesundheit und Neurodiversität muss Hauptthema werden! - Laut, für die, die es nicht sein können!

Antragsteller*in: Bendix Grimm (KV Hamburg-Bergedorf)

Tagesordnungspunkt: TOP 3 Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Die psychotherapeutische Versorgung ist in einem alarmierenden Zustand. Trotz
2 steigender psychischer Belastungen in der Gesellschaft – befeuert durch
3 gesellschaftliche Krisen bleibt der Zugang zu psychotherapeutischer Hilfe
4 insbesondere für Kinder, Jugendliche, queere Menschen, Menschen mit
5 Behinderungen und mehrfach diskriminierte Personen viel zu oft ein unerfüllbares
6 Versprechen.

7 Patient*innen warten oft monatelang auf ein Erstgespräch, geschweige denn auf
8 einen Therapieplatz. Besonders dramatisch ist der Mangel an Diagnostikplätzen
9 für ADHS, Autismus, oder Traumafolgestörungen, die Voraussetzung für eine
10 kassenärztlich finanzierte Therapie sind. Ohne eine solche Diagnostik bleiben
11 viele Betroffene im System hängen – ohne Hilfe, ohne Perspektive, oftmals mit
12 sich verschlechternden Symptomen. Ein zentraler Grund für diese Misere ist die
13 unzureichende Anzahl an Kassensitzen für Psychotherapeut*innen.

14 Für uns ist klar: das ist kein Zustand, die Wartezeiten auf eine Therapie müssen
15 spürbar und nachhaltig verkürzt werden!

16 Besonders hart trifft diese strukturelle Unterversorgung Menschen mit
17 Behinderungen und psychischen Erkrankungen. Sie werden in unserer Gesellschaft
18 nach wie vor viel zu oft übersehen oder unsichtbar gemacht. Dabei sind Zeichen
19 der Sichtbarkeit – wie das „Hidden Disabilities“-Sonnenblumenband oder die
20 Disability Pride Flag nach Ann Magill (2021) – wichtige Symbole für Anerkennung,
21 Präsenz und Empowerment. Doch noch immer sind sie kaum bekannt oder werden nicht
22 ernst genommen.

23 Auch innerhalb unseres Verbandes möchten wir diesen Themen mehr Raum geben.
24 Mentale Gesundheit, Inklusion und der bewusste Umgang mit Ableismus sollen in
25 Zukunft stärker in den Fokus unserer Arbeit rücken.

26 Konkret bedeutet das: Wir wollen unsere Bildungsarbeit nutzen, um uns als
27 Verband in diesen Bereichen weiterzubilden und gemeinsam zu lernen. Gleichzeitig
28 möchten wir in unserem Miteinander eine achtsamere und sensiblere Haltung
29 fördern. Dazu gehört, unsere bestehende Awarenessarbeit zu evaluieren und – wo
30 nötig – weiterzuentwickeln.

31 Eine mögliche Maßnahme ist der verstärkte Einsatz von Content Notes
32 (Inhaltswarnungen), um auf sensible Themen aufmerksam zu machen, die für manche
33 Menschen emotional belastend sein können. In diesem Zusammenhang möchten wir
34 auch die Einführung eines Safewords prüfen, das in schwierigen Situationen
35 Schutz und Rückzug ermöglicht. Außerdem kann die Verwendung des DGS-Applauses
36 helfen, Reizüberflutungen vorzubeugen.

37 Unsere Vision ist es, einen Verband zu gestalten, in dem sich alle gesehen,
38 gehört und sicher fühlen können – unabhängig von psychischer Verfassung oder
39 Behinderung.

Begründung

erfolgt mündlich

V7 Für eine GRÜNE JUGEND, die alle erreicht

Antragsteller*in: Carro Göbel, Jakob Wiegmann, Magnus Amon Richter

Tagesordnungspunkt: TOP 3 Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Wir leben in einer Gesellschaft, die nicht darauf ausgelegt ist, den
2 vielfältigen Bedürfnissen aller Menschen gerecht zu werden. Vielmehr ist sie
3 geprägt von Normvorstellungen, die bestimmten Lebensrealitäten Vorrang geben,
4 während andere marginalisiert und unsichtbar gemacht werden. In einem solchen
5 gesellschaftlichen Gefüge ist Diskriminierung kein Einzelfall oder individuelles
6 Fehlverhalten – sie ist systematisch und strukturell verankert. Strukturelle
7 Diskriminierung beschreibt jene Formen der Benachteiligung, die durch bestehende
8 gesellschaftliche Regeln, Institutionen, Praktiken und Denkmuster entstehen und
9 sich oft nicht auf den ersten Blick zeigen. Sie wirkt auch dann, wenn keine
10 offene oder bewusste Abwertung stattfindet, etwa wenn Menschen aufgrund ihrer
11 Herkunft, Religion, Sprache, körperlichen oder kognitiven Fähigkeiten, ihrer
12 Geschlechtsidentität, ihrer sexuellen Orientierung, ihres Alters, ihrer sozialen
13 Herkunft oder ihres Bildungsniveaus weniger Zugang zu Ressourcen, Räumen oder
14 Mitbestimmungsmöglichkeiten haben. Diese Diskriminierungsformen sind oft
15 miteinander verflochten und verstärken sich gegenseitig – ein Konzept, das als
16 Intersektionalität beschrieben wird. Wer in einer solchen Gesellschaft echte
17 Teilhabe ermöglichen will, muss bestehende Machtverhältnisse kritisch
18 hinterfragen und konkrete Barrieren aktiv abbauen.

19 Die GRÜNE JUGEND Hamburg versteht sich als ein Verband, der sich für eine
20 vielfältige, inklusive und gerechte Gesellschaft einsetzt. Unser Anspruch an
21 politische Glaubwürdigkeit bedeutet auch, diesen Anspruch in unseren eigenen
22 Strukturen sichtbar zu leben. Doch auch wir bilden zu häufig noch
23 gesellschaftliche Machtverhältnisse im Verband ab. Noch immer sind Menschen, die
24 Teil marginalisierter Gruppen sind, in unserem Verband unterrepräsentiert.

25 Gerade in einer Stadt wie Hamburg, die von Diversität geprägt ist, müssen wir
26 uns ehrlich fragen, wen wir mit unserer politischen Arbeit erreichen – und wen
27 (noch) nicht. Vielfalt darf kein reines Lippenbekenntnis bleiben, sondern muss
28 sich auch in der konkreten und aktiven Verbandsarbeit und der Zusammensetzung
29 unserer Strukturen niederschlagen.

30 Als GRÜNE JUGEND Hamburg müssen wir deshalb Barrieren abbauen, neue Zugänge
31 schaffen und empowernde Räume gestalten. Dafür braucht es gezielte Maßnahmen.

32 Barriereabbau bedeutet hier also nicht nur den Abbau physischer Hürden wie nicht
33 barrierefreie Veranstaltungsräume oder schwer verständliche Sprache, sondern
34 auch das bewusste Auseinandersetzen mit strukturellen Ausschlüssen. Wir brauchen
35 eine Strategie mit klaren Maßnahmen, die zu echter Teilhabe führt und unseren
36 Verband zu einem Ort der gelebten Vielfalt macht.

37 Die Landesmitgliederversammlung möge daher beschließen:

38 Der Landesvorstand wird damit beauftragt, einen Prozess anzustoßen und auf der
39 nächsten regulären Landesmitgliederversammlung über den Stand der Umsetzung
40 folgender Maßnahmen zu berichten:

41 1. Aktive Ansprache:

- 42 ◦ Entwicklung und Umsetzung einer Kommunikationsstrategie, die gezielt
43 marginalisierte Jugendliche sowie junge Menschen mit
44 Diskriminierungserfahrung anspricht.

- 45 ◦ Erarbeitung von mindestens einem barrierearmen und
46 niedrighschwelligem Veranstaltungsformat, das in regelmäßigen
47 Abständen stattfindet.

48 2. Empowerment und nachhaltige Teilhabe:

- 49 ◦ Entwicklung konkreter Ideen, wie Strukturen der GRÜNEN JUGEND
50 Hamburg so gestaltet werden können, dass sie eine nachhaltige
51 Teilhabe für die genannten Gruppen ermöglichen.

Begründung

Als GRÜNE JUGEND haben wir den Anspruch, eine gerechte Gesellschaft mitzugestalten – feministisch, antirassistisch, klimagerecht und solidarisch. Wir wollen intersektionale Antidiskriminierungsarbeit in der Gesellschaft leisten – doch müssen dringend intern anfangen. Unser Anspruch darf nicht bei politischen Forderungen nach außen enden, sondern muss in unseren eigenen Strukturen beginnen. Wenn wir in einer Stadt wie Hamburg, kaum migrantisierte Jugendliche, FLINTA*-Personen oder junge Menschen aus nicht-akademischen Haushalten ansprechen, dürfen wir das nicht hinnehmen.

Offenheit allein baut keine Barrieren ab. Es braucht gezielte Ansprache, Strukturen und Räume. Wenn wir langfristig wachsen und die gesellschaftliche Vielfalt auch in unserem Verband abbilden wollen, müssen wir uns ehrlich machen, Lernprozesse anstoßen und Verantwortung übernehmen.

V8 Gegen Krieg, Aufrüstung und Mittelstreckenraketen – Für Frieden, Abrüstung und internationale Solidarität

Antragsteller*in: Franz Florian Krause (KV Hamburg-Nord)

Tagesordnungspunkt: TOP 3 Inhaltliche Anträge

Antragstext

- 1 Wir fordern:
- 2 Eine konsequente Abrüstungspolitik statt der Stationierung neuer
- 3 Mittelstreckenraketen!
- 4 Investitionen in Bildung, Soziales und Klima statt sogenannter „Sondervermögen“
- 5 für die Bundeswehr!
- 6 Eine klare Absage an die Logik der „Kriegstauglichkeit“ – für eine Außenpolitik,
- 7 die Frieden fördert statt Konflikte anheizt!
- 8 Solidarität mit allen Menschen, die sich weltweit dem Krieg verweigern und sich
- 9 für
- 10 Gerechtigkeit und Frieden einsetzen!
- 11 Krieg darf nie als politische Option legitimiert werden. Lasst uns gemeinsam
- 12 laut sein – für eine friedliche, gerechte und solidarische Welt!

Begründung

Liebe Freund*innen,

weltweit erleben wir eine alarmierende Zunahme militärischer Konflikte – etwa zwischen Russland und der Ukraine oder in Israel und Palästina. Diese Konflikte schwelen seit Jahren und eskalieren immer wieder durch Waffenlieferungen, die häufig als „friedensstiftende Maßnahmen“ legitimiert werden. In Wahrheit jedoch verschärfen diese militärischen Interventionen die Gewaltspirale, kosten Menschenleben und blockieren langfristige diplomatische Lösungen.

Als Grüne Jugend Hamburg stellen wir uns entschieden gegen diese Politik der Aufrüstung. Wir solidarisieren uns mit pazifistischen Bewegungen weltweit und treten ein für eine konsequente Förderung von zivilen und diplomatischen Friedensstrategien. Krieg dient oft den Interessen einiger weniger – wirtschaftlicher Profiteure und geopolitischer Machtstrategien – und steht im Widerspruch zu sozialer, ökologischer und internationaler Verantwortung. Gerade diese Werte müssen den Kern unserer politischen Haltung als Grüne Jugend bilden.

Hamburg spielt eine besondere Rolle in der deutschen Aufrüstungslandschaft – sei es als Rüstungsstandort, als Logistikzentrum oder als politischer Schauplatz. Umso mehr sehen wir es als unsere Aufgabe, hier vor Ort eine starke, kritische Stimme gegen Militarisierung zu sein und

für eine Friedenspolitik einzutreten.

Dabei setzen wir auf Zusammenarbeit: mit gewerkschaftlichen Jugendorganisationen wie der ver.di Jugend, mit linken Jugendverbänden wie der SDAJ und den Falken, sowie mit zivilgesellschaftlichen Initiativen. Der 1. Mai hat gezeigt, wie viele engagierte, friedensbewegte Stimmen es bereits gibt – gemeinsam können wir noch mehr erreichen. Die Grüne Jugend muss sich aktiv in diese Bündnisse einbringen und ihre Rolle als ökologische, soziale und antimilitaristische Kraft stärken.